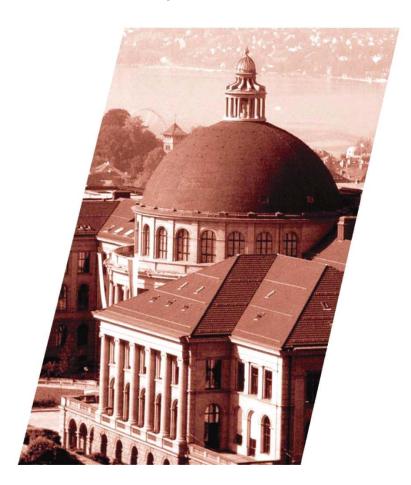




ETH-Arbeitstagungen zur schweizerischen Sicherheitspolitik

Weltpolitische Lage: Herausforderungen für die Schweiz

5. Februar 2010



© 2010 Center for Security Studies

Kontakt:

Center for Security Studies Seilergraben 45-49 ETH Zentrum / SEI CH-8092 Zürich Schweiz Tel.: +41-44-632 40 25 css@sipo.gess.ethz.ch

I Zusammenfassung der Tagung

(1) Thema und Zielsetzung

Vor dem Hintergrund der aktuellen weltpolitischen Entwicklungen wurden an dieser ETH-Arbeitstagung zentrale Themenfelder der Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik diskutiert. Im Vergleich zu den bisherigen ETH-Arbeitstagungen unterschied sich das Veranstaltungsformat dabei bezüglich Grösse (75 statt 30-40 Teilnehmer), Dauer (halbtags statt ganztags) und Öffentlichkeitsgrad (Medienberichte). Ziel war, die Kerninhalte der neuen CSS-Publikation *Strategic Trends* vorzustellen und den Gedankenaustausch und die Netzwerkbildung zwischen Schlüsselvertretern aus Politik, Verwaltung, Verbänden, Wissenschaft und Medien zu fördern. Analoge Anlässe sollen künftig jährlich durchgeführt werden.

Zunächst präsentierte das CSS eine knappe Einschätzung der weltpolitischen Lage. In den anschliessenden Panels wurden zwei für die Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik besonders relevante aktuelle Entwicklungen aufgegriffen und debattiert:

• Panel I: Sicherheitspolitische Positionierung: Wie weiter mit den Auslandeinsätzen der Armee?

Zentrale Herausforderungen der militärischen Friedensförderung wie die innenpolitische Tragfähigkeit, die Verfügbarkeit adäquater militärischer Fähigkeiten und die Koordination der zivilen und militärischen Mittel manifestieren sich in der Schweiz besonders ausgeprägt. Der militärische Beitrag der Schweiz an das internationale Krisenmanagement ist wesentlich geringer als derjenige vergleichbarer Staaten. Wie ist die militärische Friedensförderung der Schweiz künftig zu gestalten (Ausbau, Spezialisierung, Fokus auf zivile Missionen)? In welchem Rahmen (UNO, EU, NATO/PfP) und in welchen Regionen soll die Schweizer Armee operieren?

• Panel II: Aussenpolitische Positionierung der Schweiz nach dem Krisenjahr 2009

Was bedeuten die Finanzkrise und die damit zusammenhängenden Entwicklungen (Druck auf das Bankgeheimnis, Bedeutungsgewinn der G-20 als globalem Steuerungsorgan, Machtverschiebungen vom Westen nach Asien bei gleichzeitiger Vertiefung der europäischen Einigung) für die Schweiz? Ist die Schweiz für die anstehenden aussen- und aussenwirtschaftspolitischen Herausforderungen richtig positioniert? Erfordert eine effektive Interessenwahrung einen europapolitischen Kurswechsel? Welche konkreten Massnahmen drängen sich auf?

1

(2) Weltpolitische Lage 2010

- I. Die Präsentation der weltpolitischen Lage basierte auf der neuen CSS-Jahrespublikation *Strategic Trends*. Der entsprechende Foliensatz findet sich im Anhang.
- II. Strategic Trends bietet eine präzise Analyse wichtiger internationaler Entwicklungen, wobei das Hauptaugenmerk auf Fragen der internationalen Sicherheit liegt. Die Publikation richtet sich an ein breites Publikum aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft, den Medien und der interessierten Öffentlichkeit. Es ist als Taschenbuch sowie als elektronische Publikation (www.sta.ethz.ch) erhältlich.
- III. In seiner Anfang Februar 2010 erschienenen ersten Ausgabe von *Strategic Trends* identifiziert das CSS fünf zentrale Themen: Die geo-ökonomischen Verschiebungen vom Westen nach Asien, die US-Politik gegenüber Südasien und dem Nahen Osten, Energiesicherheit, die Proliferation von Nuklearwaffen und die wachsenden Herausforderungen des internationalen Krisenmanagements.
- IV. Die seit Jahren zu beobachtenden **Machtverschiebungen von West nach Ost**, insbesondere nach China, haben sich im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise beschleunigt. Die westlichen Staaten tragen von einigen Ausnahmen wie der Schweiz abgesehen schwer an der Schuldenlast, die durch die Massnahmen zur Stabilisierung des Finanzsystems und die Konjunkturprogramme zur Förderung des Wirtschaftswachstums aussergewöhnliche Dimensionen angenommen hat. China hat zwar ähnliche Massnahmen ergriffen, ist aber deutlich gestärkt aus der Krise hervorgegangen. Obwohl der wachsende geo-ökonomische Einfluss der asiatischen Staaten erst mittel- und langfristig geopolitischen Machtzuwachs nach sich ziehen wird, besteht bei vielen internationalen Institutionen bereits heute Anpassungsbedarf.
- V. Für die **US-Aussenpolitik** werden die Krisen in Südasien und im Nahen Osten weiterhin zentrale Herausforderungen darstellen. Präsident Obamas neue Strategien für Afghanistan, Iran, und den israelisch-palästinensischen Konflikt haben bisher keinen Erfolg gezeitigt. Schwierige Entscheidungen stehen an: Die USA müssen ihre Afghanistan- und Pakistanpolitik besser aufeinander abstimmen, die Folgen zusätzlicher Sanktionen gegen Iran abwägen und über die Option einer robusteren Mediation zur Ankurbelung des Friedensprozesses im Nahostkonflikt befinden. Der anstehende Abzug aus dem Irak stellt eine weitere Herausforderung dar. Eine nachhaltige Lösung dieser Krisen zeichnet sich nicht ab, zumal innenpolitische Themen für Obama Priorität haben werden.
- VI. Auch bezüglich der **Nichtverbreitung von Nuklearwaffen** geht die Administration Obama neue Wege. Sie hat die nukleare Abrüstung zu einem Eckpfeiler ihrer Nonproliferationspolitik gemacht. Die USA führen Verhandlungen mit Russland über einen Nachfolgevertrag zum START-Abkommen, haben die innenpolitische Debatte über die Ratifizierung des Kernwaffenteststopp-Vertrags wieder eröffnet, und drängen auf Verhandlungen über den Abbau der Bestände an spaltbarem Material. Obama hat sogar eine vollständige Abschaffung aller Atomwaffen gefordert. Der Zusammenhang zwischen Abrüstung und Nichtweiterverbreitung könnte jedoch schwächer sein als manche hoffen. Die Aussichten auf eine Stärkung des Atomwaffensperrvertrags sind weiterhin gering.
- VII. Die **Energiesicherheit** steht auch 2010 weit oben auf der sicherheitspolitischen Agenda. Als der Ölpreis von US\$147 pro Barrel auf den Tiefststand von US\$33 pro Barrel abstürzte, dachten viele,

dass damit auch der Ressourcennationalismus in den erdölproduzierenden Staaten entscheidend geschwächt würde. Aber gerade in der Krise erwiesen sich viele Produzenten als widerstandsfähig. Das Zurückfahren der Fördermengen spielte dabei eine wichtige Rolle. Mit dem wieder ansteigenden Ölpreis dürfte sich der Trend des Ressourcennationalismus weiter akzentuieren. Auch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage wird sich verschärfen. Die Gestaltung eines kooperativen Verhältnisses von Produzenten und Konsumenten bleibt schwierig. Die Spannungen nehmen aber auch innerhalb der Lager der Produzenten und der Konsumenten zu.

- VIII. Die Nachfrage nach internationalem Krisenmanagement zur Stabilisierung der zahlreichen Konfliktherde bleibt hoch. Allerdings ist das Krisenmanagement heute mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert. Erstens besteht auf der politischen Ebene kein Konsens, wie in einer zunehmend multipolaren Welt mit gewaltsamen Konflikten umgegangen werden soll. Auch gerät die innenpolitische Tragfähigkeit militärischer Friedensförderung in Folge hoher Opferzahlen in Afghanistan und der Wirtschaftskrise unter zunehmenden Druck. Zweitens lassen sich auf der Ebene internationaler Organisationen Defizite im Krisenmanagement ausmachen. Diese lassen sich zumindest teilweise auf mangelnde Koordination, Steuerung und Alimentierung durch die Mitgliedstaaten zurückführen. Drittens führt auf der operativen Ebene der Mangel an geeigneten zivilen und militärischen Fähigkeiten dazu, dass viele Missionen ihr Mandat kaum oder nur mit Mühe ausüben können.
- IX. Insgesamt war das Jahr 2009 nicht nur aus wirtschaftlicher, sondern auch aus sicherheitspolitischer Sicht ein Krisenjahr. Die globalen Steuerungsdefizite nehmen weiter zu, wobei sich die Suche nach konsensfähigen Lösungen vor dem Hintergrund des Erstarkens nichtwestlicher (und häufig nichtdemokratischer) Staaten ausgesprochen schwierig gestaltet.

(3) Panel I: Sicherheitspolitische Positionierung: Wie weiter mit den Auslandeinsätzen der Armee?

- X. Das erste Panel setzte sich mit der Thematik des internationalen Krisenmanagements aus schweizerischer Sicht auseinander. Statt der hinlänglich bekannten politischen Differenzen bezüglich Auslandeinsätzen der Armee stellte das Panel die Suche nach gemeinsamen Schnittflächen ins Zentrum. Angestrebt wurde die Erarbeitung der Grundlagen für ein mehrheitsfähiges Modell, wie es auch für den neuen Sicherheitspolitischen Bericht angestrebt wird.
- XI. Der kleinste gemeinsame Nenner erwies sich als eng begrenzt und beschränkte sich auf den Ausbau der zivilen Friedensförderung und eine skeptische Haltung gegenüber der Idee einer humanitären Schutztruppe. In Bezug auf die militärische Friedensförderung teilten Dr. Barbara Haering (Expertin), Nationalrat Josef Lang (Grüne) und Brigadier Erwin Dahinden (VBS) die Forderung nach einem UNO-Mandat als Voraussetzung für ein Schweizer Engagement. Im Unterschied zu Barbara Haering und Erwin Dahinden würde Josef Lang einem Auslandeinsatz der Schweizer Armee aber höchstens dann zustimmen, wenn die Friedensmission auch von der UNO geführt wird und die Schweiz die Teilnahme im Rahmen von Regionalorganisationen wie der EU und der NATO grundsätzlich ausschliesst. Nationalrat Hans Fehr (SVP) wiederum lehnte Auslandeinsätze der Armee grundsätzlich ab.
- XII. Auf der Grundlage der Prämissen der menschlichen Sicherheit, der kollektiven Sicherheit und der Frage der Relevanz spezifischer militärischer Beiträge beurteilte Barbara Haering die bisherige Rolle der Schweizer Armee im internationalen Krisenmanagement als "quantitativ schwach",

aber "qualitativ engagiert". Die Schweizer Beiträge seien meist bürgernah. In den Konflikten im Balkan seien heute Leistungen gefragt, die eine Milizarmee besonders gut erbringen könne. Die Schweiz solle denn auch ihren Beitrag in Kosovo nicht proportional zu anderen Staaten reduzieren. Mit Blick auf die Zukunft solle sie sich auf traditionelles Peacekeeping beschränken. Als Land ohne koloniale Vergangenheit könnte sie in Afrika wertvolle, interessengerechte Beiträge leisten, zumal Französischkenntnisse in vielen der dortigen Friedensoperationen derzeit sehr gefragt seien.

- XIII. Josef Lang sah in den Kriegen im Irak und in Afghanistan den entscheidenden Grund für die heute weitverbreitete Skepsis im linken Spektrum der Schweizer Politik bezüglich militärischer Friedensförderung. Das Nein des Parlaments zur Anti-Piraterie-Mission Atalanta und zu einer Auslandverpflichtung für Berufsmilitärs zeigt seiner Meinung nach, dass es nach dem Engagement auf dem Balkan keine Mehrheiten für weitere Auslandeinsätze gibt. Ein Engagement der Schweiz im Rahmen des EU-Krisenmanagements lehnt er ab, da die EU-Staaten die Unabdingbarkeit eines UNO-Mandats relativiert haben und Kriseninterventionen auch im Fall einer Blockierung des Sicherheitsrats in Betracht ziehen. Zudem sind die EU-Einsatzszenarien in seinen Augen teilweise von neokolonialem Charakter. Die Schweiz sollte seiner Meinung nach auf der Basis ihrer Neutralität zivile Friedenspolitik betreiben und konkret eine Initiative zur Befriedung Afghanistans ins Auge fassen.
- XIV. Hans Fehr teilte die Analyse Langs weitgehend, plädierte jedoch im Unterschied zu diesem nicht nur für zivile Friedensförderung und ein humanitäres Engagement, sondern auch für eine starke Territorialverteidigung der Schweiz. Als Hauptgrund gegen Auslandeinsätze der Armee führte er die Logik einfacher Konzepte an. Die Armee sollte seiner Meinung nach für den Schutz und die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung ab Landesgrenze stehen; Auslandeinsätze als ergänzender Auftrag verursachten eine Verwässerung dieses Konzepts und stifteten unnötig Verwirrung. Die Welt brauche keine Schweizer Soldaten, sondern gute Schweizer Ideen wie die Neutralität und das IKRK.
- XV. Erwin Dahinden konzentrierte sich in seinen Ausführungen auf eine Analyse der militärischen Fähigkeiten, welche die Schweiz für Auslandeinsätze anbieten könnte, sowie auf eine Auswertung des entsprechenden internationalen Bedarfs. Zu den limitierenden Faktoren auf der Angebotsseite zählte er neben dem fehlenden politischen Konsens auch die Personalressourcen (Anforderungsprofil / Grad der Spezialisierung, Prinzip der Freiwilligkeit, sinkende Bestände). Vor diesem Hintergrund bezeichnete er die Option von Nischenbeiträgen als mögliche Alternative zur Entsendung weiterer militärischer Infanteriekontingente, zumal auf der Nachfrageseite ein grosser Mangel an Spezialfähigkeiten bestünde. Als kritischen Bedarf auf internationaler Ebene identifizierte er folgende Leistungen:

Bereich	Nachgefragte Leistungen / Lücke				
Mobilität	Lufttransportmittel (strategische und taktische Ebene) Transportmittel am Boden				
Enabler	Ingenieurskapazitäten Logistikeinheiten Informationsbeschaffung und -auswertung Fähigkeit zur Datenbearbeitung und -analyse				
Nachrichtenwesen					
Polizei	Spezielle Einheiten für öffentliche Ordnung Ausbildner für alle Aspekte der Polizeiarbeit				
Strategische Planung	Spezialisten aus Militär, Polizei, zivilen Bereichen				
Weibliche Spezialisten					
Fremdsprachen	Französischsprachige Spezialisten				
Medizinische Leistungen	Ārzte, Zahnārzte, medizinisches Personal MEDEVAC-Kapazitāten im Lufttransportbereich				
Ausbildner, Berater	Kapazitätsaufbau Reform des Sicherheitssektors (SSR), Teile DDR				

(4) Panel II: Aussenpolitische Positionierung der Schweiz nach dem Krisenjahr 2009

- XVI. Das zweite Panel erörterte vor dem Hintergrund der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise die aktuelle Lage der Schweiz und diskutierte den entsprechenden aussen- und innenpolitischen Handlungsbedarf. Dabei gingen die vier Panelisten Dr. Thomas Held (Avenir Suisse), Ständerat Urs Schwaller (CVP), Botschafter Anton Thalmann (EDA) und Roger de Weck (Publizist) darin einig, dass die Schweiz in Bezug auf Faktoren wie die Schuldenquote oder die Arbeitslosigkeit heute vergleichsweise gut dasteht. Trotzdem hat die Krise die Schweiz ihrer Meinung nach hart getroffen, indem der Druck auf das Bankgeheimnis stark zugenommen hat und Steuerfragen die Beziehungen zu den Nachbarstaaten, der EU und den USA belasten.
- XVII. Die Debatten drehten sich um vier Themenfelder: Erstens wurden institutionelle Fragen aufgeworfen und erörtert, wie die politische Führung und Strategiefähigkeit des Bundesrats gestärkt werden könnte. Zweitens wurde ein ausgeprägter Reputationsschaden der Schweiz diagnostiziert und analysiert, wie die *Soft Power* der Schweiz gestärkt werden könnte. Drittens wurde die Positionierung der Schweiz in Europa debattiert und erörtert, wie viel Selbstbestimmung künftig als Nicht-Mitglied der EU noch möglich ist. Schliesslich wurde viertens thematisiert, wie die Schweiz in einer zunehmend nichtwestlichen Welt künftig auf die globalen Steuerungsprozesse Einfluss nehmen kann und soll.
- XVIII. Gemäss Thomas Held hat die Schweiz die Wirtschaftskrise gut gemeistert, weil sie in Bezug auf Massnahmenpakete nicht überreagiert hat und als Exportnation gleichzeitig von den teilweise gewaltigen Anstrengungen anderer Industriestaaten profitieren konnte. Allerdings stehe die Schweiz vor grossen innenpolitischen Herausforderungen bezüglich Arbeitsmarkt, Sozialwerken und Finanzplatz (Regulierung, Bankgeheimnis, Rückgang der globalen Vermögenswerte, Positionierung in neuen Märkten). Auf der internationalen Ebene stelle einerseits die enorm hohe Verschuldung vieler Staaten ein Problem dar, da Verteilkonflikte und protektionistische Tendenzen zunehmen werden und selbst in Europa Failing States im Sinne einer Schwächung staatlicher Handlungsfähigkeit nicht mehr ausgeschlossen werden könnten. Andererseits gelte es, auf das Erstarken nichtdemokratischer Staaten mit teilweise begrenzter Rechtsstaatlichkeit eine Antwort zu finden. Neben institutionellen Reformen plädierte Held vor allem für mehr Ressourcen für die Aussenpolitik und die Nachrichtendienste.
 - XIX. Urs Schwaller diagnostizierte eine tiefgehende Krise der Schweiz. Innenpolitisch präsentiere sich die Schweiz fragmentiert und ohne gemeinsame Strategie. Aussenpolitisch verhalte sich der

Bundesrat reaktiv, wobei er oft nicht mit einer Stimme spreche. Reduitpolitiker und Banker ohne Bodenhaftung haben gemäss Schwaller wesentlich zum Imageschaden der Schweiz beigetragen. Europapolitisch bestünden berechtigte Zweifel ob der längerfristigen Tragfähigkeit des Bilateralismus. Eine weitere Annäherung an die EU dränge sich auf, doch erfordere ein solcher Schritt zunächst eine fundierte Europadebatte. Institutionelle Verbesserungen würden seit langem diskutiert, doch sei die Reformfähigkeit des politischen Systems wohl begrenzt. Notwendig sei jetzt vor allem eine Roadmap zum Finanzplatz und zur Europafrage. Auch eine verstärkte Zusammenarbeit auf nachrichtendienstlicher Ebene sei zu prüfen.

- XX. Anton Thalmann wies darauf hin, dass Machtpolitik in Krisenzeiten zunimmt, was die Schweiz in den letzten Monaten zu spüren bekam. In diesem Kontext seien Netzwerke für eine effektive Interessenwahrung von besonders grosser Bedeutung. Auch die Libyen-Krise habe die Wichtigkeit von Freunden unterstrichen. Eine zentrale Herausforderung für die Schweiz stellt so Thalmann die wachsende Politisierung der multilateralen Steuerung dar. Die Nichtmitgliedschaft der Schweiz in der G-20 sei vor diesem Hintergrund ein gewichtiges Handicap. Innenpolitisch wirkte die Schweiz im vergangenen Jahr seiner Meinung nach wenig kohärent. Im politischen System der Schweiz sei ein Regieren nach Staatsraison statt öffentlicher Befindlichkeit besonders schwierig. An der aussenwirtschaftlichen Freihandelsstrategie ist gemäss Thalmann ebenso festzuhalten wie an der Politik der "Sicherheit durch Kooperation".
- XXI. Roger de Weck betonte, dass die Schweiz wirtschaftlich zwar gut aus der Krise kam, zeitweise aber nahe am Abgrund stand. Auch er ortete eine tiefe Krise der Schweiz, die sowohl auf das Bankgeheimnis als auch auf die ungeklärte Frage der europäischen und globalen Positionierung zurückzuführen sei. Die Steuerpolitik hat in den letzten Monaten seiner Meinung nach zu viel Gewicht erhalten und die Aussenpolitik überlagert. Dies sei bedauerlich, sei die Schweiz doch weit mehr als ein Panzerschrank. De Weck kritisierte die aus seiner Sicht halbherzigen Rückzugsgefechte bezüglich des Bankgeheimnisses und forderte eine zukunftsgerichtete Weissgeldstrategie. Ohne eine klare diesbezügliche Zäsur dürften die Aussenbeziehungen der Schweiz weiterhin verspannt bleiben. Die innenpolitischen Debatten nehmen aus seiner Sicht zunehmend autistische Züge an. So habe der Souverän in der Minarett-Frage die Menschenrechte in der Schweiz aufgeweicht, während die Schweizer Aussenpolitik sich unablässig für eine Stärkung des Völkerrechts einsetze. Den Bilateralismus mit der EU bezeichnete er als Schönwetterweg, der im Kontext wachsender Verteilkämpfe unter zunehmenden Druck geraten dürfte. Angesichts der Abhängigkeit der Schweizer Wirtschaft vom EU-Binnenmarkt stelle die viel diskutierte Asienstrategie keine realistische Option dar. Eine Europadebatte ist auch seiner Meinung nach unabdingbar.

II Hintergrund: Die ETH-Arbeitstagungen

Die "ETH-Arbeitstagungen zur schweizerischen Sicherheitspolitik" sollen Impulse für das strategische Denken in der Schweiz geben und Grundlagen für die Überprüfung und die Weiterentwicklung der schweizerischen Sicherheitspolitik schaffen. Die regelmässig stattfindenden Veranstaltungen widmen sich aktuellen sicherheits- und militärpolitischen Entwicklungen und beleuchten die kurz-, mittel- und langfristigen Herausforderungen für die Schweiz, die Auswirkungen auf die sicherheitspolitische Strategie der Schweiz sowie Umsetzungsmöglichkeiten. Die Arbeitstagungen werden vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich durchgeführt.

Bisher wurden an den ETH-Arbeitstagungen folgende Themen behandelt:

- Sicherheits- und verteidigungspolitische Entwicklungen in Europa und ihre Bedeutung für die Schweiz (24.11.2005)
- Schnittstellen zwischen Armee und Polizei in der inneren Sicherheit (13.3.2006)
- Peace Support Operations (27.6.2006)
- Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen im nationalen Krisenmanagement (30.11.2006)
- Von der Bedrohungs- zur Risikopolitik: Politische Steuerung der Streitkräfte im Rahmen einer vernetzten Sicherheitspolitik (4.7.2007)
- Strategisches Krisenmanagement (30.5.2008)
- Rüstungspolitik: Trends und Herausforderungen (27.11.2008)
- Umfassende Friedensförderung: Die Bedeutung und Herausforderung der Vernetzung von zivilen und militärischen Beiträgen (5.2.2009)
- Nationale Interessen und internationale Positionierung der Schweiz (17.6.2009)
- "Risiken Schweiz": Risiko- und Gefährdungsanalyse im Kontext sicherheitspolitischer Strategieentwicklung (17.11.2009)

III Programm

13.30	Begrüssung und Einführung: Weltpolitische Lage 2010						
	Präsentation und Diskussion aktueller weltpolitischer Entwicklungslinien, basierend auf der neuen						
	CSS-Jahrespublikation "Strategic Trends 2010"						
	Dui aantahian Andusaa Wan aan oo daa Danial Mii aldi. Cantan fan Caannitu Ctudiaa ETU 7iiniah						
	Präsentation: Andreas Wenger und Daniel Möckli, Center for Security Studies, ETH Zürich						
14.15	Panel I: Sicherheitspolitische Positionierung: Wie weiter mit den Auslandeinsätzen omee?						
	Nationalrat Hans Fehr, SVP						
	Nationalrat Josef Lang, Grüne						
	Brigadier Erwin Dahinden, Chef Internationale Beziehungen Verteidigung, Armeestab, VBS						
	Dr. Dr. h. c. Barbara Haering, Präsidentin GICHD						
	Moderation: Victor Mauer, Center for Security Studies, ETH Zürich						
15.30	Kaffeepause						
16.00	Panel II: Aussenpolitische Positionierung der Schweiz nach dem Krisenjahr 2009						
	Ständerat Urs Schwaller, CVP						
	Botschafter Anton Thalmann, Stv. Staatssekretär, EDA						
	Dr. Thomas Held, Direktor, Avenir Suisse						
	Roger de Weck, Publizist						
	Moderation: Daniel Möckli, Center for Security Studies, ETH Zürich						
17.20	Apéro riche						

IV Teilnehmer

Evi Allemann, Nationalrätin SP/BE, Sicherheitspolitische Kommission

Peter Arbenz, Berater für Strategieentwicklung und Unternehmensführung, Winterthur

Martin Arnet, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Sektion Planung und Strategie, Bundeskanzlei, Bern

Yves Bichsel, Chef, Stab Vorsteher VBS, Bern

Christoph Breitenmoser, Flaach

Stefan Brem, Chef Risikogrundlagen und Forschungskoordination, BABS, VBS, Bern

Elgin Brunner, Researcher, Center for Security Studies, ETH Zürich

Lorenzo Cascioni, Leiter, Sektion Planung und Strategie, Bundeskanzlei, Bern

Miriam Dagai, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Generalsekretariat SVP, Bern

Erwin Dahinden, Brigadier, Chef Internationale Beziehungen Verteidigung, Armeestab, VBS, Bern

Eugen David, Ständerat CVP/SG, Aussenpolitische Kommission

Roger de Weck, Publizist, Zürich

Robert Diethelm, Chef Multilaterale Verträge und Streitkräftebeziehungen, Internationale Beziehungen Verteidigung, Armeestab, VBS, Bern

Christoph Doktor, Senior Researcher, Center for Security Studies, ETH Zürich

Balz Dürst, stv. Chef, Koordination Sicherheitspolitik Bund und Kantone, Bereich Sicherheitspolitik, GS VBS, Bern

Hans Fehr, Nationalrat SVP/ZH, Sicherheitspolitische Kommission

Christopher Findlay, Academic Editor, Center for Security Studies, ETH Zürich

Dieter Freiburghaus, Prof. em., Institut de hautes études en administration publique (IDEHAP), Lausanne

Michael Fust, Generalsekretär, Neue Europäische Bewegung Schweiz (NEBS), Bern

Patrick Gansner, Chef, Strategie und Internationales, Bereich Sicherheitspolitik, GS VBS, Bern

Marcel Gerber, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Verteidigungs- und Rüstungspolitik, Bereich Sicherheitspolitik, GS VBS, Bern

Peter Graf, Oberstleutnant, Vizepräsident, Schweizerische Offiziersgesellschaft, Winterthur

Erich Gujer, Redaktor, Neue Zürcher Zeitung

Ulrich E. Gut, Geschäftsführer, Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik, Küsnacht ZH

Beat Habegger, Senior Researcher, Center for Security Studies, ETH Zürich

Heiner Hänggi, Assistant Director and Head of Research, Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF)

Barbara Haering, Präsidentin, Geneva International Centre for Humanitarian Demining (GICHD)

Jonas Hagmann, Senior Researcher, Center for Security Studies, ETH Zürich

Karl W. Haltiner, Prof. em., Militärakademie an der ETH Zürich (MILAK)

Andrin Hauri, Research Assistant, Center for Security Studies, ETH Zürich

Thomas Held, Direktor, Avenir Suisse, Zürich

Matthew Hulbert, Senior Researcher, Center for Security Studies, ETH Zürich

Simon Kmiecik, Research Assistant, Center for Security Studies, ETH Zürich

Jürg Kürsener, Chefredaktor, Military Power Revue

Joëlle Kuntz, Le Temps

Daniel Lätsch, Brigadier, Direktor, Militärakademie an der ETH Zürich (MILAK)

Josef Lang, Nationalrat Grüne/ZG, Aussenpolitische Kommission und Sicherheitspolitische Kommission

Thomas Langholz, Head Editorial Office, Corporate Communications, ETH Zürich

Bruno Lezzi, Kilchberg ZH

Stephan Libiszewski, Berater und Press Information Officer, Delegation der Europäischen Union für die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein, Bern

Marco Lier, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Exportförderung / Standortpromotion, Staatssekretariat für Wirtschaft, EVD, Bern

Anna Locher, Senior Researcher, Center for Security Studies, ETH Zürich

Prem Mahadevan, Senior Researcher, Center for Security Studies, ETH Zürich

Arié Malz, Fachreferent, Integrale Lage und Analyse, Stab Sicherheitsausschuss des Bundesrates, VBS, Bern

Mauro Mantovani, Dozent, Militärakademie an der ETH Zürich (MILAK)

Jérôme Matteazzi, Steuerung Rüstung und Verteidigung, Nachrichtendienst des Bundes, VBS, Bern

Victor Mauer, stv. Direktor, Center for Security Studies, ETH Zürich

Roland Mayer, stv. Sekretär und Leiter Bereich Aussenpolitik, Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), Bern

Hanspeter Mettler, Redaktor, Neue Zürcher Zeitung

Valentin Misteli, Research Assistant, Center for Security Studies, ETH Zürich

Daniel Möckli, Senior Researcher, Center for Security Studies, ETH Zürich

Nicolas Mueller, Leiter, Krisenmanagementausbildung des Bundes, Bundeskanzlei, Bern

Thomas Näcke, Botschaftsrat, Delegation der Europäischen Union für die Schweiz und das Fürstentum Lichtenstein, Bern

Paul Niederberger, Ständerat CVP/NW, Sicherheitspolitische Kommission

Peter Niggli, Direktor, Alliance Sud, Bern

Christian Nünlist, Ressortleiter Ausland, Aargauer Zeitung

Mahnaz Omidian, Krisenmanagementausbildung des Bundes, Bundeskanzlei, Bern

Pablo Padrutt, Praktikant, Politische Abteilung IV, EDA, Bern

Roland Popp, Senior Researcher, Center for Security Studies, ETH Zürich

Andreas Richner, Geschäftsführer, Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik, Zürich

Brigitte Rindlisbacher, Generalsekretärin, Eidgenössisches Departement für Verteidigung,

Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), Bern

Marion Ronca, Grafik/Layout/Design, Center for Security Studies, ETH Zürich

Anne Roulin Perriard, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Sektion Planung und Strategie, Bundeskanzlei, Bern

Monika Rühl Burzi, Botschafterin, Bereichsleiterin, Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen, Direktion für Aussenwirtschaft, SECO, EVD, Bern

Urs Schwaller, Ständerat CVP/FR

Pius Segmüller, Nationalrat CVP/LU, Sicherheitspolitische Kommission

Casper Selg, Moderator "Echo der Zeit", Schweizer Radio DRS, Bern

Reto Sidler, Farner Consulting AG, Bern

Kurt R. Spillmann, Prof. em., Center for Security Studies, ETH Zürich

Michael Soukup, Redaktor, SonntagsZeitung

Tibor Szvircsev Tresch, Dozent, Militärakademie an der ETH Zürich (MILAK)

Anton Thalmann, Botschafter, stv. Staatssekretär, EDA, Bern

Irène Thomann, Hauptmann, Sekretärin, Schweizerische Offiziersgesellschaft, Zürich

Marcel Tobler, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Politik und Institutionen, Integrationsbüro EDA/EVD, Bern

Daniel Trachsler, Senior Researcher, Center for Security Studies, ETH Zürich

Benedikt Wechsler, Botschafter, Chef, Kabinett Vorsteherin EDA, Bern

Andreas Wenger, Direktor, Center for Security Studies, ETH Zürich

V Anhang: CSS-Präsentation "Weltpolitische Lage 2010"

CENTER FOR SECURITY STUDIES (CSS)

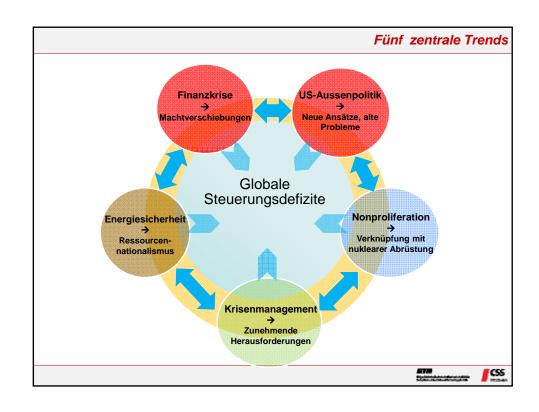


ETH-Arbeitstagung, 5. Februar 2010

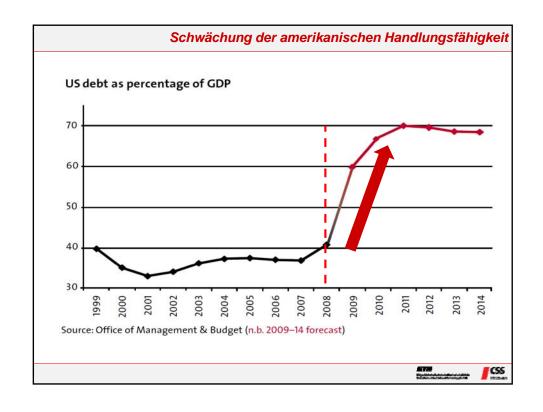


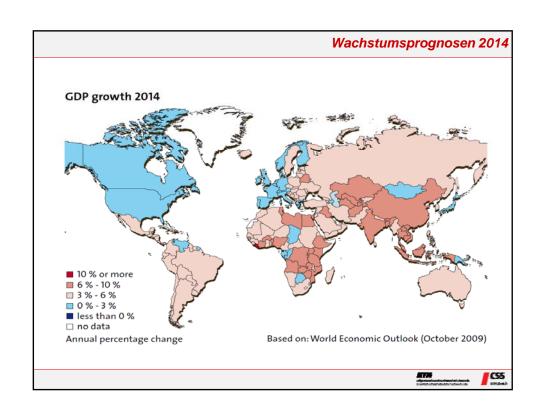


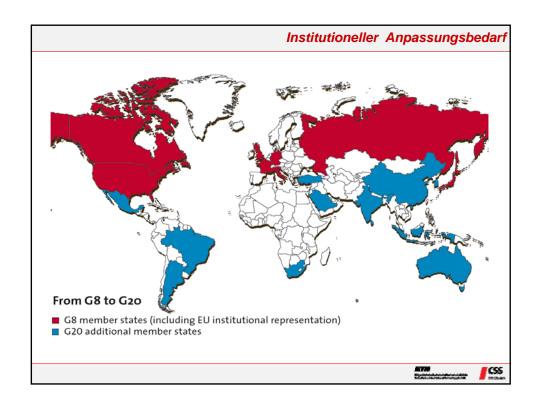












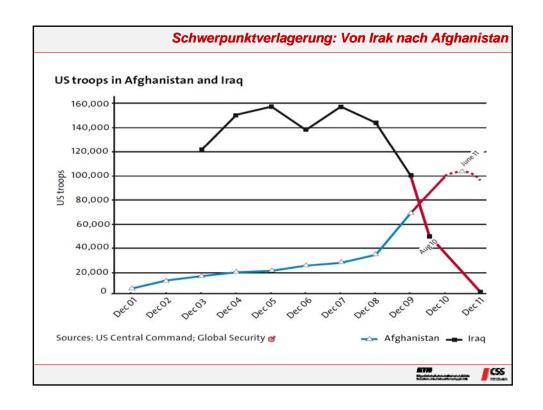
US-Aussenpolitik: Neue Ansätze, alte Probleme

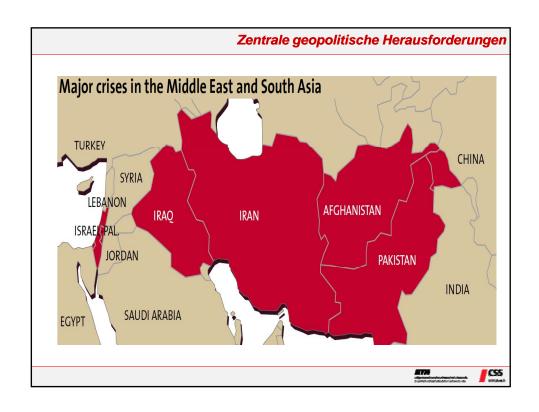
- Reorientierung US-Aussenpolitik
- Zentrale geopolitische Herausforderungen Südasien und Nahost
- Neuerungen:
 - Schwerpunktverlagerung
 - Neue Strategie Afghanistan und Pakistan
 - Dialogpolitik Iran
 - Neuer Anlauf Nahostkonflikt
- Bilanz:
 - Geringe Fortschritte
 - Schwierige Entscheide stehen an











Nonproliferation und nukleare Abrüstung

- Aktuelle Herausforderungen:
 - Iran und Nordkorea
 - Non-Proliferation Treaty (NPT)
 - Nukleare Sicherheit
- Obama Administration: Nukleare Abrüstung als Eckpunkt der US-Nonproliferationspolitik
- Abrüstungsinitiativen
 - START Folgeabkommen
 - CTBT: Kernwaffenteststopp-Vertrag
 - Global Zero
- Aussicht auf Fortschritt gering







USA und Russland besitzen 90% der Nuklearwaffen

Nuclear weapons stockpiles

COUNTRY	Strategic nuclear forces		Non-	Operational	Non-	Total
	Delivery systems	Warheads	strategic nuclear forces	warheads	deployed warheads	nuclear warheads
USA	891	3,575	500	4,075	1,260	5,400
USA nukes in NATO countries	0	О	150-240	150-240		150-240
Russia	685	3,133	2,079	5,192	8,800	14,000
France	166	348	0	348	n/a	348
UK	64	160	О	160	n/a	160
China	141	176	n/a	176	n/a	240
India	200	50 60	0	n/a	0	50 60
Israel	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a	100-200
North Korea	150-200 No- Dong, 10 Taepodong	10	n/a	n/a	n/a	10
Pakistan	30-80	n/a	n/a	n/a	О	24-48

Source: The Nuclear Threat Initiative ●





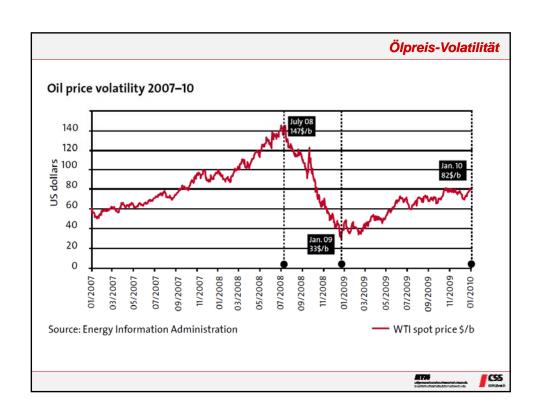
Energiesicherheit: Ressourcen-Nationalismus

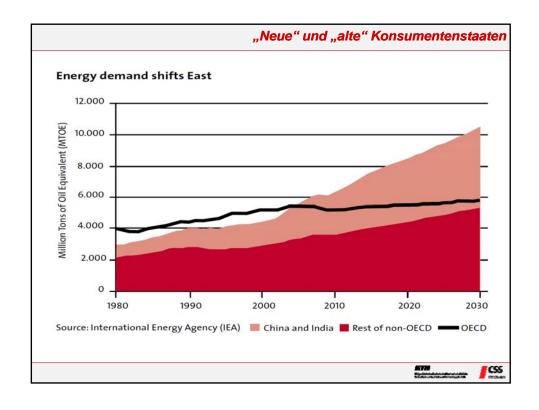
- Ölpreis-Volatilität
- Machterhalt der Regime in Produzentenstaaten
 → Iran, Venezuela, Russland etc.
- Ressourcen-Nationalismus nimmt
 zu → Markt bleibt dysfunktional
- Spannungen:
 - Produzenten Konsumenten
 - Konsumenten Konsumenten
 - Produzenten Produzenten
- Klimapolitik vs. Nachfragesicherheit











Internationales Krisenmanagement: Zunehmende Herausforderungen

- Steigender Bedarf an Friedensmissionen, v.a. in Afrika
- Politische Herausforderungen
 - Einbindung neuer Mächte
 - Innenpolitische Tragfähigkeit
- Institutionelle Herausforderungen
 - UNO, NATO, EU
 - Alimentierung, Überschneidungen
- Operationelle Herausforderungen
 - Militärische und zivile Fähigkeiten







